



Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nun erst recht:

Einheitliche Klassenfront!

Die Mahnung der Länderwahlen

Ergebnis der Preußenwahl

Sozialdemokraten . . .	4 674 943	(4 989 488)
Deutschnationale . . .	1 524 936	(1 968 856)
Zentrum	3 374 441	(3 158 131)
Kommunisten	2 819 602	(3 114 547)
Deutsche Volkspartei . .	330 825	(1 004 118)
Wirtschaftspartei . . .	191 021	(803 141)
Landvolkpartei	176 816	(579 182)
Nat. Front (Junge Rechte)	51 801	—
Deutsche Staatspartei . .	332 441	(681 946)
Nationalsozialisten . . .	8 008 219	(3 982 657)
Chr.-Soz. Volksdienst . .	255 066	(509 328)
Volksrechtspartei	44 229	(118 070)
Deutsch-Hannoveraner . .	63 359	—
Sozialistische Arbeiter- Partei	80 437	—

Stabilität der sozialdemokratischen Wähler-schaft, was um so bemerkenswerter ist, als Oesterreich von der Wirtschaftskrise durch-aus nicht weniger aufgewühlt wird wie Deutschland. Soweit auch in Oesterreich die Nationalsozialisten Erfolge zu verzeichnen haben, gehen diese fast ausschließlich auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Es wäre aber falsch, wozu namentlich der Vergleich mit Deutschland leicht verleiten mag, die nationalsozialistischen Gewinne gering zu veranschlagen. Es ist ganz zweifellos, daß deren unerhörter Aufschwung in Deutschland sich auch in Oesterreich auswir-ken wird, wie es ebenfalls außer Zweifel steht, daß das Unternehmertum auch in Oesterreich eines Tages ganz offen seine Zuflucht zum Faschismus nehmen wird. Die österreichische Sozialdemokratie ist heute noch in der Lage, von der Vergangenheit zu zehren, aber in neue Wählermassen vorzustößen, scheint auch ihr versagt geblieben zu sein. Im Gegenteil: zu einem Teil hat auch sie zu den nationalsozia-listischen Erfolgen beitragen müssen. Das ist ein Symptom von furchtbarem Ernst, dessen Nichtbeachtung sich eines Tages bitter rächen müßte. Die österreichische Sozialdemokratie erfreut sich heute noch einer verhältnismäßig günstigen Situation, die sie nicht zuletzt einer Politik verdankt, die bei allem Reformismus es doch verstanden hat, Spaltungen der Partei zu verhindern und den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Rahmen der 2. Internationale ist die SP. Oesterreichs bei weitem die festgefü-gteste Partei. Aber solche Herrlichkeiten, das zeigt Deutschland sehr eindringlich, sind rasch vergänglich. Die Bezwingung des Faschismus — das ist die Lehre, die die österreichische Sozialdemokratie aus Deutschland entgegenzu-nehmen hat — ist nicht auf parlamenta-rischem Wege, sondern nur in revolutionärer Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus möglich. Nur wenn diese Konsequenz gezogen, und die Arbeiterschaft bewußt auf die revolu-tionäre Lösung der Krise eingestellt wird, vermag die österreichische Sozialdemokratie das Schicksal ihrer deutschen Bruderpartei von sich abzuwehren. Der Ausgang der Wahlen gibt ihr hierzu eine Chance.

Der Wahlausgang

Eine Niederlage der Arbeiterklasse

Acht Millionen Nazistimmen in Preußen. Eine halbe Million mehr als die SPD und KPD zusammen. Mehr als eine Verdoppelung der Hitlerstimmen seit der Reichstagswahl im Sep-tember 1930 in allen Länderparlamenten. Da-bei starker Rückgang der SPD- und KPD-Stimmen. Dieses Ergebnis übertrifft selbst die schlimmsten Befürchtungen.

Der für die Arbeiterbewegung am schwersten wiegende Faktor ist die Tatsache, daß es bei dieser Wahl den Nazis zum ersten Male gelungen ist, ernsthaft in die marxisti-sche Front einzubrechen. Das muß offen und rücksichtslos ausgesprochen werden, weil nur dann, wenn das jedem Sozialdemokraten, jedem Kommunisten, jedem Mitglied der Freien Ge-werkschaften zum Bewußtsein kommt, die Aussicht besteht, daß die notwendigen Schluß-folgerungen in allen Lagern der Arbeiter-bewegung gezogen werden. Bei den voran-gegangenen Wahlen hat Hitler einen Massen-zustrom fast ausschließlich aus den zerfallen-den bürgerlichen Parteien bekommen. Der seit Jahren ständige Rückgang der SPD wurde zu einem wesentlichen Teil durch Stimmenzuwachs der KPD ausgeglichen. Man hat daraus bei der SPD wie bei der KPD irrtümlich den in seiner Wirkung katastrophalen Trost ge-schöpft, daß der Hitlerfaschismus mit dem Aufsaugen der Mittelparteien seine „natür-liche“ Grenze erreicht hätte und ihm außer der Heranziehung lumpenproletarischer Elemente kein Einbruch in die Masse des — im weitesten Sinne — sozialistisch orientierten Proletariats gelingen würde.

Die Wahl am Sonntag beweist nur, daß die bürgerlichen Mittelparteien, mit Ausnahme des Zentrums, völlig geschlagen wurden, daß aber auch gerade in den entscheidenden Industrie-bezirken, wie Rheinland-Westfalen, Mittel-deutschland und Schlesien hunderttausende bis-heriger KPD- und SPD-Wähler faschistisch gestimmt haben. Wichtig ist auch noch, daß die engsten Bundesgenossen der Nazis, die Deutschnationalen, sich überraschend gut be-hauptet und viel weniger Stimmen als erwartet verloren haben. Hinzu kommt, daß auch das Zentrum noch erheblichen Zuwachs erhielt und mit verstärktem reaktionären Flü-gel aus der Wahl hervorging.

Was ist die Ursache dieses über alle Er-wartungen hinausgehenden Anschwellens der faschistischen Lawine? Sind die Millionen plötzlich von der Theorie des Dritten Reiches, vom nationalen „Sozialismus“ oder gar von der neuesten „Gewerkschaftsfreundlichkeit“ der Faschisten begeistert?

Nein. Die wirkliche und beinahe allein aus-schlaggebende Triebfeder für die Millionen Naziwähler ist die Not. Seit Jahren hungert

Die Wahlen in Oesterreich

Sozialdemokraten begnügten sich

Wien, 24. April 1932

Die Landtagswahlen in Oesterreich sind ohne besondere Zwischenfälle verlaufen.

In Wien erhielten:

	1930	
Sozialdemokraten	678 414	703 718
Christlich-Soziale	221 457	282 959
Nationalsozialisten	180 143	27 457

Die Mandate verteilen sich folgender-maßen:

	jetzt	
Sozialdemokraten	66	(65)
Christlich-Soziale	19	(34)
Großdeutsche	—	(1)
Nationalsozialisten	15	(—)

In den Bezirksvertretungen er-halten die Sozialdemokraten 372 Sitze, die Christlich-Sozialen 140, die Nationalsozialisten 116 und in den beiden Arbeiterbezirken 10 (Ottakring) und 16 (Favoriten) erhalten die Kommunisten 2 Bezirksratsmandate. Die Christlich-Sozialen erhalten nach dem Wahl-ergebnis zwei Stadtratsmandate, ebenso die Nationalsozialisten. Infolgedessen entfällt auch ein Bundesratsmandat auf die National-sozialisten. Da jedoch die Christlich-Sozialen und die Nationalsozialisten nicht gekoppelt sind, so hat jede Partei nicht das erforderliche Drittel der Mandatszahlen, um eine Vize-bürgermeisterstelle zu erhalten. Infolge-dessen entfällt auch der zweite Vizebürgermeister, der bisher christlich-sozial war, auf die Sozialdemokraten. Nach den ge-nannten Mandatsziffern dürften in den Bun-desrat die Sozialdemokraten 8, die Christlich-Sozialen 2 und die Nationalsozia-listen 2 aus Wien entsenden. Bisher hatten

die Nationalsozialisten im Bundesrat keine Vertretung.

In Niederösterreich erhielten:

	1930	
Sozialdemokraten	276 274	291 167
Christlich-Soziale	362 738	360 796
Großdeutsche	18 390	70 172 ¹⁾
Landbund	10 006	— ²⁾
Nationalsozialisten	110 774	34 307
Kommunisten	8 480	4 122

Die Mandate verteilen sich folgender-maßen:

	jetzt	
Sozialdemokraten	20	(19)
Christlich-Soziale	28	(31)
Großdeutsche	—	(4)
Landbund	—	(1)
Nationalsozialisten	8	(0)

In Salzburg erhielten:

	1930	
Sozialdemokraten	29 810	36 919
Christlich-Soziale	44 013	51 239
Großdeutsche	2 050	15 625 ¹⁾
Nationalsozialisten	24 125	4 597
Kommunisten	3 127	3 755

An Sitzen erhalten:

	jetzt	bisher
Christlich-Soziale	12	13
Sozialdemokraten	8	9
Nationalsozialisten	6	0
Großdeutsche	—	2

Das österreichische Wahlergebnis unter-scheidet sich von demjenigen der deutschen Länderwahlen vor allem durch eine gewisse

¹⁾ Schober-Block.
²⁾ 1930 mit den Großdeutschen zusammen als nationaler Wirtschaftsblock.
³⁾ Schoberblock.

Bayerns Landtag

Bayerische Volkspartei 1 272 074 (Reichs-tagswahl 1930: 1 175 074); SPD 604 089 (787 699); Bayerischer Bauernbund und Staats-partei 253 260 (350 076); DN 127 963 (75 052, erste Reichspräs.-Wahl 113 248); N.S. 1 270 602 (677 928, erste Reichspräs.-Wahl 1 270 147, zweite: 1 364 375); Kom. 259 400 (224 719, erste Reichspräs.-Wahl 311 589, zweite: 225 669); SAP 13 452; Chr. Volksd. 42 109 (66 722); D.V. und W.P. 66 012 (176 661).

Vorläufige Mandatsverteilung: Bayr. Volks-partei 45 (46), SPD 20 (34), Bauernbund-Staatspartei 9 (17), Deutschn. 3 (13), NSDAP 43 (9), Kom. 8 (5).

Es sind insgesamt 22 069 849 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Wahlbetei-ligung betrug 81 vH.

Aufruf an alle Proletarier!

Genossinnen und Genossen!

Die Wahlen für die Landesparlamente in Preußen, Bayern, Anhalt und Hamburg sind erfolgt. Wir haben in Preußen, in Bayern, in Anhalt, in Hamburg, zusammen rund 100 000 Stimmen gewonnen.

Die Nationalsozialisten

haben allein in Preußen über acht Millionen Stimmen erhalten, sie haben ihre Stimmzahl gegenüber der letzten Reichstagswahl mehr als verdoppelt, und mehr als alles andere beweist dieser Wahlausgang, daß SPD und KPD im Kampf gegen den Faschismus in steigendem Maße versagen, daß der Faschismus nicht mit dem Stimmzettel geschlagen werden kann, daß dazu nötig ist die von der Sozialistischen Arbeiter-Partei geforderte proletarische Klassenfront, für die nach diesem Wahlausgang die SAP mit verstärkter Energie kämpfen muß und die um so eher durchgesetzt wird, je stärker die SAP wird.

Die Sozialdemokratische Partei,

beladen mit der ungeheuren Schuld ihrer vierzehnjährigen Regierungs- und Koalitionspolitik, ging in die Preußenwahlen mit der Parole eines „freien, demokratischen Preußens, das die Voraussetzung schaffen sollte für die Arbeit im Innern — für Frieden nach außen“. Das angebliche preußische Bollwerk gegen den Faschismus, mit dessen unbedingter Erhaltung die ganze Tolerierpolitik der SPD zu rechtfertigen versucht wurde, ist zerschlagen worden. Alle die um dieser falschen Politik willen gebrachten Opfer auf Kosten der Arbeiterklasse sind, wie wir immer vorausgesagt haben, umsonst gewesen. Die Sozialdemokratie hat bei diesen Landtagswahlen weitere Verluste erlitten; die für sie immer noch abgegebenen 4 000 000 Stimmen zeigen, daß die Masse der sozialdemokratischen Wähler noch immer in die Illusion verstrickt, die antiproletarische Koalitionspolitik der SPD, ihre Unterstützung der Regierung der Notverordnungen, ihre Unterstützung der Diktatur Hindenburg-Brüning-Groener könne einen Damm gegen den Faschismus bilden und einen Ausweg aus Elend und Not schaffen.

Schwerer noch ist die Niederlage der Kommunistischen Partei

Trotz der schweren, sich immer mehr verschärfenden Krise, die der KPD die besten Vormarschmöglichkeiten bot, ist es ihr nicht gelungen, neue proletarische Massen zu gewinnen. Sie hat im Gegenteil seit der letzten Reichstagswahl prozentual noch stärkere Verluste erlitten als die SPD. Und das, obwohl die KPD bei einer richtigen Politik alle Chancen hatte, nicht nur die von der SPD enttäuschten und abwandernden Massen, sondern auch große Teile der zum Proletariat gezogenen Angestellten- und Kleinbürgerschichten zu gewinnen. Das offenbart das Versagen der KPD in dieser objektiv revolutionären Situation.

Mit ihren Parolen vom „Sozialfaschismus“, die „SPD ist der Hauptfeind“ und mit ihrer nationalbolschewistischen Propaganda hat die KPD sich von der Mehrheit der Arbeiterklasse isoliert, die Spaltung des Proletariats vertieft, die Aktionsfähigkeit der Klasse verhindert und so große Arbeitermassen ins Lager des Faschismus getrieben.

Die Herstellung der revolutionären Einheit und der Aktionsfähigkeit ist für die Arbeiterklasse heute notwendiger denn je

Das zeigt der Ausgang dieses Wahlkampfes. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat sich diese Aufgabe gestellt. Sie vertrat in dem Wahlkampf ihr Programm, das in außerparlamentarischen Aktionen der Klasse zu verwirklichen ist. Sie sagte der deutschen Arbeiterklasse, daß die Stimmabgabe für ihre Kandidaten eine Demonstration sei für die Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront, der Ausdruck des Willens, die außerparlamentarische Kampffront des Proletariats zu schaffen.

Die Stimmen, die für die Sozialistische Arbeiter-Partei abgegeben worden sind, bedeuten daher ein bewußtes Votum für dieses Programm unserer Partei.

die ganze Arbeiterklasse und verkommt im Elend. Der Kleinbauer bekommt fast nichts mehr für seine Produkte, die Steuer- und Schuldenlasten erdrücken ihn. Der Mittelstand ist bankrott und zum großen Teil proletarisiert, Millionen von Arbeitslosen, Sozial- und Kriegsrentnern befinden sich in hoffnungsloser Verzweiflung. Sie alle werden seit Jahren mit leeren Redensarten vertröstet, aber praktisch ihrer letzten Unterstützungen beraubt. Sie sind immer wieder genarrt worden. Sie haben die Politik der Notverordnungen, die Politik des Tolerierens und der Weimarer Koalition satt bis zum Überdruß. Sie wußten und fühlten, daß eine neue Preußenkoalition alles beim alten lassen und eine ständige Steigerung ihres Elends bringen würde. Deshalb besaßen diese Massen nur ein Wille: Es muß anders werden!

Eine solche Massenstimmung ist eine der Voraussetzungen für die Revolution. Die andere Voraussetzung, das Vorhandensein einer revolutionären Massenpartei mit zielklarer, das Vertrauen der Masse gewinnenden Führung zum revolutionären Kampf fehlt aber. Die SPD kommt dafür nicht in Frage. Sie hat, als die Massen an ihren „Sozialismus“ glaubten, eine Politik zur Stabilisierung des Kapitalismus betrieben und ist zur treuesten Stütze der heutigen als „System“ verhaßten Hindenburg-Brüning-Politik geworden. Sie wird daher mit Recht in den Augen der erbitterten Massen als der Hauptschuldige an ihrem Elend angesehen. Die Tatsache, daß der SPD-Koalitionspartner, das Zentrum nicht ebenfalls verloren, sondern noch gewonnen hat, widerlegt das nicht, sondern ist darauf zurückzuführen, daß das Elend die Massen der Kirche in die Arme treibt.

Nicht minder groß ist die Schuld der Gewerkschaften. Sie, auf die sich die Arbeitslosen, die Arbeiter- und Angestelltenmassen in ihrer wirtschaftlichen Not vor allem hätten stützen müssen, haben völlig versagt. Unter ihrer reformistischen Führung haben sie nicht nur keinen ernsthaften Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsraub geführt, sondern die Lohnabbau-Regierung unterstützt, toleriert. Planmäßig hat die Gewerkschaftsführung den einzig möglichen Ausweg aus der Krise, den revolutionären Massenkampf abgelehnt und verhindert. Deshalb sind heute die

Massen von größtem Mißtrauen gegen die Gewerkschaften erfüllt. Und alle Wahl- und Werbeartikel für die SPD in den Millionen Gewerkschaftsblättern haben die Massen nicht vom Abmarsch zu Hitler abgehalten.

Aber noch weniger Vertrauen haben diese Massen zur KPD. Sie schreit zwar seit Jahr und Tag „Revolution“, „Sowjetdeutschland“. Aber sie hat durch Ablehnung und Verhinderung der Einheitsfront, durch ihre ganze sture Thesenpolitik sich als unfähig erwiesen, auch nur die elementarsten Voraussetzungen für den wirklich revolutionären Kampf und Ausweg zu erfüllen. Deshalb haben die Massen auch den Glauben, daß die KPD eine Besserung, eine Aenderung bringen könnte, verloren.

Die erbitterten Massen wollen aber, daß es anders wird. Das Dritte Reich und all die sonstigen „Theorien“ interessieren diese herzlich wenig. Sie glauben und hoffen aber, daß Hitler mit dem jetzigen Regime aufträumt. Wie und was Hitler da macht, wie er den verzweifelten Millionen helfen will, darüber hat wohl kaum einer seiner Millionen Wähler eine Vorstellung. Sie geben sich der fatalistischen und gewiß höchst gefährlichen Vorstellung hin: Bisher wurden wir von allen Parteien nur betrogen. Soll es jetzt mal Hitler versuchen. Schlimmer als jetzt kann es auch nicht werden. Gewiß wird es für diese Massen ein schmerzliches Erwachen geben, wenn Hitler an die Macht kommt.

Aber diesen Massenwillen brechen oder umbiegen zu wollen, durch Fortsetzung der Notverordnungs- und Koalitionspolitik ohne eine vollständige Aenderung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, ist unmöglich. Eine Aenderung zugunsten des Proletariats erzwingen kann aber nur die angewandte Macht der Arbeiterklasse. Und hier beginnen die Lehren und Aufgaben für alle Arbeiterparteien und Organisationen und für die SAP im besonderen.

Es ist der SAP bei dieser Wahl nicht gelungen, entscheidende Massen für ihre Ziele und Bestrebungen zu gewinnen. Wir wußten, daß unsere junge, noch schwache Partei ohne ausgebauten Organisationsapparat nicht imstande sein wird, bei den Wahlen ernsthaft mit den großen Parteien zu konkurrieren. Aber selbst

Wir waren in diesem Kampf noch nicht imstande, große Massen für diese Politik zu gewinnen.

Um so notwendiger ist jetzt die Aufgabe aller Parteigenossen, alle Kräfte einzusetzen um den Klärungsprozeß in weiten Schichten der Arbeiterklasse zu fördern und für die Durchsetzung und Stärkung unserer Partei zu wirken.

Unsere mit schwachen Kräften und geringen Mitteln durchgeführte Wahlkampagne, die Diskussionen in unseren Versammlungen beweisen, stärker als in diesem Abstimmungskampfe zum Ausdruck kam, daß fortgeschrittene Teile der Arbeiterschaft bereits zu vor stehen beginnen, wie die Aufgaben, die vor der deutschen Arbeiterklasse stehen, zu lösen sind.

Die Lehren,

die wir aus diesen Wahlen zu ziehen haben, sind folgende:

Auf der Grundlage der vom Parteitag beschlossenen Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms müssen wir nicht nur unsere Partei zu einem machtvollen Organ der Arbeiterklasse ausbauen,

sondern wir müssen durch umfassende Schulungs- und Organisationsarbeit, in zäher politischer und organisatorischer Tagesarbeit den Kampf um unsere Klassengenossen in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei führen.

Wir müssen unentwegt unsere Forderungen in die Gewerkschaften und in alle anderen Arbeiterorganisationen und in die breiten Massen der indifferent gewordenen Proletarier und der verelendenen Kleinbürger hineintragen;

Wir müssen unsere Partei zur führenden Kraft der Einheitsfront des Proletariats machen, deren Aufgabe es sein muß, den Kampf für die Überwindung des Kapitalismus, für die Verwirklichung des Sozialismus aufzunehmen.

Die organisatorische Stärkung, die wir unserer Partei geben müssen, wird den Boden für unseren Vormarsch bilden.

Die kapitalistische Welt wankt in ihren Grundlagen, die unerhörte Krise des Weltkapitals bedroht die Menschheit mit neuem Krieg. Weitere Verelendung droht der Arbeiterklasse. Wir stehen vor neuen schweren Kämpfen. In dieser Situation ist Voraussetzung für die Kampfbereitschaft, der Partei eine breite organisatorische Grundlage zu geben, es ist unsere Pflicht, alle Kräfte für die Sammlung der Arbeiterschaft in der Einheitsfront des Proletariats einzusetzen, es ist unsere Pflicht, den letzten Mann in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen! Wir müssen aus unserer Partei, aus unserer Jugendorganisation einen Machtfaktor machen, der im Kampfe für den Sozialismus die Arbeiterschaft zu Siegen führen kann.

Jetzt erst recht an die Arbeit!

Es lebe die proletarische Klassenfront!
Es lebe die Sozialistische Arbeiter-Partei!

Berlin, den 25. April 1932.

Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei i. A.: Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld

unter Einschätzung dieser Schwierigkeiten müssen wir zugeben, daß die für uns abgegebene Stimmzahl hinter dem zurückbleibt, was wir erwarten konnten. Das Mißtrauen großer Massen zur sozialistischen Arbeiterbewegung überhaupt hat sich in seiner ganzen Wucht auch auf uns ausgewirkt. Das müssen wir klar erkennen.

Damit ist aber nicht bewiesen, daß unsere Ziele und Bestrebungen falsch sind. Im Gegenteil, wenn die Wahl eines gezeigt hat, so das was vom ersten Tag unseres Bestehens im Mittelpunkt unseres Kampfes stand, die Notwendigkeit: Radikalen Bruch mit dem Reformismus und der ultralinken Revolutionspielerei in der ganzen Arbeiterbewegung. Herstellung der einheitlichen revolutionären Klassenfront. Lauter denn je muß heute betont werden: Wenn Hitler an der Uebernahme der Macht verhindert, der Faschismus geschlagen werden soll, dann müssen KPD, SPD und Gewerkschaften in gemeinsamer Front

den Kampf führen. Gewiß gibt es hier unüberbrückbare prinzipielle Gegensätze. Aber einig können und müssen sich beide großen Lager sein im Kampf gegen die riesige, die ganze Arbeiterbewegung gleichermaßen bedrohende Gefahr des Faschismus.

Die große Mehrheit der Arbeiter in beiden Lagern ist heute schon von der Notwendigkeit des Zusammengehens durchdrungen. Sie wird aber nur noch von ihrer Führerschaft an der Durchführung gehindert. Hier hat gerade jetzt die SAP die historisch wichtigste Aufgabe zu erfüllen. Sie ist heute als unabhängige revolutionäre Arbeiterpartei die einzige Kraft, die durch eigene Aktionen und vor allem durch Propaganda unter den Arbeitermassen der andern Richtungen aufrüttelnd, mobilisierend wirken und so den notwendigen Druck auf die SPD- und KPD-Leitungen erzwingen und ausüben kann. Die wirkliche Arbeit beginnt daher jetzt erst für die SAP, darum: jeder Genosse ans Werk!

Hamburgs Parlament

SPD 226 233 (letzte Bürgersch.-Wahl 1931: 214 509); NS 233 528 (202 465); K 119 477 (166 618); StP 84 139 (67 088); DN 32 344 (43 289); DV 23 805 (36 920); WP 4580 (11 878); ChrS 7729 (10 874); Z 10 919 (10 794).

Das Wahlergebnis gestaltet die neue Hamburger Bürgerschaft wie folgt: Sozialdemokraten 49 (46), Nationalsozialisten 51 (43), Kommunisten 26 (35), Staatspartei 18 (14), Deutschnationale 7 (9), Volkspartei 5 (7), Wirtschaftspartei 1 (2), Christlichsoziale 1 (2), Zentrum 2 (2).

Anhalts Landtag

Es wurden abgegeben für die GPD 75 120, StP 3227, K 20 414, Z 2630, Hausbesitzer 6368, DN u. Stahlhelm 12 807, DV 8194, NS 89 602, SAP 803.

Es entfallen auf die einzelnen Parteien folgende Sitze: SPD 12, Staatspartei, die mit

dem Zentrum in Listenverbindung steht, 1; Kommunisten 3, Hausbesitzer 1, Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 2, Nationalsozialisten, die gegenüber der letzten Kommunalwahl im Vorjahr 15 000 gewonnen, 15 Sitze,

Württembergs Landtag

Stimmberechtigt 1 756 247, abgegebene Stimmen 1 244 774. SPD 206 572 (283 311), Z 254 675 (304 325), Bauern- und Weingärtnerbund 133 645 (180 871), StP 59 539 (155 781 inkl. VP), K 116 644 (131 736), 13. März 142 900, 10. April 106 500, DN 53 410 (55 202), VP 19 319 (136 781), ChrS 52 352 (91 602), Volksrechts-P 16 377 (29 410), NS 328 188 (131 653), 13. März 362 600, 10. April 408 500).

Der neue 80 Abgeordnete zählende Landtag wird folgendermaßen zusammengesetzt sein: SPD 14 Mandate, bisher 21, Z 17 (16), Bauern u. Weingärtner 9 (15), Dem. 4 (8), K 7 (6), DN 3 (4), DV u. Volkskonserv 0 (4), WP 0 (0), Chr. Volksd. 3 (3), Volksrechtsp. 0 (2), NS 38 (1), zusammen 80.

Dankbares Vaterland

Zum Thema: Kriegsoffer und Notverordnungen

In der Manufaktur krachen Kanonen. Japans Kapitalisten mit dem Mikado an der Spitze schwören ihren Muschkoten: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß.“

Inzwischen steigen die Aktien von Schneider-Creuzot.

Sie weiter zu treiben, besteht auch bei uns nicht wenig Lust. Das beweisen die Reden Brüdings und die „Sport“-plane Groeners, der offenbar in moderner Sebnhorst sein möchte. Vorläufig müssen die Herren sich aber noch mit der Führung von Wirtschaftskriegen begnügen. Wie lange noch? Eine bloße Zeitfrage. Dann heißt es auch bei uns wieder: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß“ — wenn nicht vorher der Prolet zugriffen haben wird. Denn nachher...

Von diesem (möglichen) Nachher wissen unsere Kriegsverletzten zu erzählen, von dem großen Dank des Vaterlandes, der ihnen in Gestalt von Notverordnungen abgestattet wird.

Soweit die Kriegbeschädigten in Arbeit stehen, sind sie laut Gesetz gezwungen, genau wie ein gesunder Arbeiter, die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung, Invalidenversicherung oder Angestelltenversicherung in voller Höhe zu zahlen. Man kann darüber streiten, ob das der von der Bourgeoisie so gern gepriesenen Moral entspricht. Aber wenn man diese Frage schon bejaht, dann sollte es doch wohl selbstverständlich sein, daß den Pflichten die Rechte entsprechen.

Die Regierung des nur Gott und seinem Gewissen verantwortlichen Generalfeldmarschalls allerdings ist anderer Ansicht.

Nach ihrem notverordnendem Willen wird einem Kriegbeschädigten, der seine Pflichtbeiträge regelmäßig abführt, beim Eintreten der Arbeitslosigkeit seine Kriegbeschädigtenrente als Einkommen angerechnet, und dementsprechend wird sein Unterstützungssatz gekürzt. Dabei ist für alle Kriegbeschädigten, ganz gleich welcher Art die Beschädigungen sind, eine Freigrenze von 25 Mark festgesetzt worden.

Unsere aus lauter ehrenwerten Frontsoldaten bestehende Regierung ist also der Meinung, daß die Rente eines Hausagrariers der Rente eines Kriegbeschädigten gleichzusetzen ist: Wie jener als Geschäftsmacher aus seinen Häusern Rente bezieht, so dieser aus seiner Kriegbeschädigung. Wir hatten allerdings, naiv wie wir sind, bisher immer unseren großen Staatsmännern geglaubt, wenn sie uns versicherten, wir müßten uns zu Nutz und Frommen des Vaterlandes ermorden oder doch wenigstens zu Krüppeln machen lassen. Wenn uns jetzt aber dieselben Staatsmänner erklären, der Tod oder das Krüppeldasein seien nur eine Form der Erwerbsmöglichkeiten, so wollen wir uns bemühen, uns diesen

Fingerring zur Liquidierung der Erwerbslosigkeit nutzbar zu machen — wenn unsere Frontsoldaten mit ihrem Generalfeldmarschall in den vordersten Schützengraben gehen. Aber die Herren sind ja leider noch nicht erwerbslos.

Dafür werden die arbeitslos gewordenen Kriegbeschädigten, die ja nicht zur Gruppe der Frontsoldaten, sondern der Frontschweine gehören, durch die Frontsoldaten in seltsame Situationen manövriert. Sehr viele der Kriegbeschädigten erhalten eine monatliche Rente von 75 RM. Das sind 2 RM (zwei) mehr als die Unterstützung ausmacht. Da die Unterstützungsgrenze somit überschritten ist, erhalten die betreffenden — richtiger: betroffenen — Kriegbeschädigten keinerlei Unterstützung mehr. Sie sind daher gezwungen, die Weiterversicherung in der Krankenkasse aus eigener Tasche zu bezahlen, während der nichtkriegbeschädigte, gesunde Unterstützungsempfänger, der 73 RM den Monat erhält, auf Staatskosten vorversichert wird. Der Kriegbeschädigte wird also dafür, daß er einfach zugunsten des Staates leistet, mit Recht wird dazu von Seiten der Kriegbeschädigten bemerkt: „Bei jedem Privatunternehmen würde man diese Handlungsweise vielleicht Betrug nennen.“ Der Staat tut so etwas natürlich nicht. Er notverordnet nur.

Noch verrückter ist es bei der Angestellten- und Invalidenversicherung. Hier bekommt ein Kriegbeschädigter, der die Vollrente bezieht, gar nichts. Er mußte also die hohen Beiträge einfach zugunsten des Staates leisten. Mit Recht wird dazu von Seiten der Kriegbeschädigten bemerkt: „Bei jedem Privatunternehmen würde man diese Handlungsweise vielleicht Betrug nennen.“ Der Staat tut so etwas natürlich nicht. Er notverordnet nur.

Der Gipfel aber wird erreicht bei denjenigen Kriegbeschädigten, welche im öffentlichen Leben stehen. Ihnen hat man einfach eine Ein-

kommensgrenze von 170 RM gezogen. Was darüber vorsteht wird, wird zur Hälfte an der Rente gekürzt. Die Privatangehörigen fallen unter diese Notverordnung nicht. Damit und die in öffentlichen Diensten stehenden Kriegbeschädigten zu solchen zweiter Klasse degradiert.

Die vorstehenden Tatsachen beweisen: Der bürgerliche Staat bestraft jeden, der sich ihm als Werkzeug zur Verfügung stellt. Daraus müssen in der heutigen Situation die Konsequenzen gezogen werden.

Überall macht sich immer deutlicher, immer unverschämter der Wille zum Krieg als letzter Ausflucht aus der Krise bemerkbar. Weit stärker als bisher muß das Proletariat den Abwehrkampf gegen die drohende Kriegsgefahr führen. An die Spitze dieses Abwehrkampfes müssen sich die Kriegbeschädigten stellen. Sie müssen an Hand ihres Daseins zeigen, was es mit den Redensarten vom Wohl des Vaterlandes und der Gesundheit, vom Dank des Vaterlandes, und wie die Lügner alle hoffen, auf sich hat. Mit solchem Vorgehen erweisen die Kriegbeschädigten sich selbst den größten Dienst. Denn sie werden so die Unterstützung der breitesten Öffentlichkeit gewinnen, vor allem des Proletariats. Seine und die Interessen der Kriegbeschädigten stimmen überein. Es sei hier nur auf das gemeinsame Interesse an der Aufhebung der Notverordnungen hingewiesen.

Aber — und darüber müssen sich die Kriegsverletzten ebenso klar sein, wie das Proletariat — durch Bittgänge zur Regierung und Appelle an Vernunft und Mitleid wird nichts erreicht. Notwendig und erfolgversprechend ist zur die außerparlamentarische Aktion, der revolutionäre Massenkampf.

Der Wunsch —
Vater des Gedankens



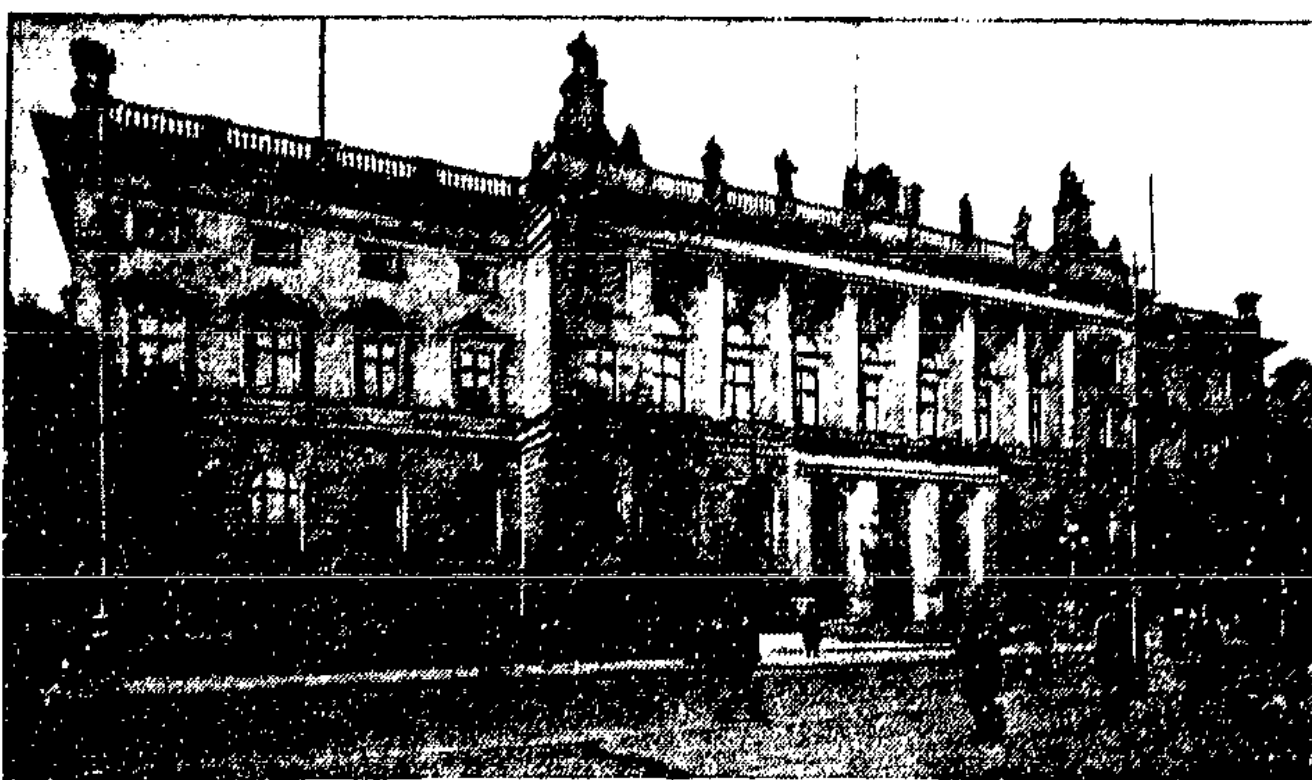
Der Wunsch, daß es recht bald wieder „so weit“ ist, hat den „Reichsverband der deutschen Industrie“ in Gemeinschaft mit dem Reichsinnenministerium veranlaßt, Schutzvorrichtungen gegen Gasangriffe feindlicher Flugzeuggeschwader in den deutschen Fabriken anzubringen. Die nächste Etappe wird sein, daß man selbst Flugzeuggeschwader baut. Die Industrie muß sich wieder Einnahmequellen verschaffen!

Fernsprechverkehr mit Südafrika

147 Mark für ein Dreiminutengespräch
Am Montag ist der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Südafrika über die Funkfernsprechverbindung London—Kapstadt eröffnet worden. Alle deutschen Teilnehmer-sprechstellen können mit den Fernsprechteilnehmern in Kapstadt und in den südafrikanischen Hauptorten innerhalb des Gebiets südlich der geraden Linien von Kapstadt bis De Aar und von De Aar bis Port Elizabeth (die beiden letztgenannten Orte eingeschlossen) verbunden werden. Die Betriebszeit der Funkverbindung ist werktäglich im allgemeinen von 8.30 bis 13.30 Uhr MEZ; an Sonn- und Feiertagen ruht der Betrieb. Die Betriebszeit ist je nach der Jahreszeit Änderungen unterworfen. Zugelassen sind wie im Verkehr mit Nordamerika über London gewöhnliche und Gespräche von Person zu Person. Ein Dreiminutengespräch kostet für alle deutschen Orte 147 M; die gegebenenfalls zu entrichtende Benachrichtigungsg Gebühr beträgt 19.50 M.

Leser werbt für die SAZ

Hier ziehen sie ein



Das preußische Landtagsgebäude in Berlin

**Kauft
Gutscheine**

Der Kenner verlangt nur-
und das mit Recht:
Höchste Qualität!
und volles Format!

Man muß es einmal
offen sagen:

Es ist ein Trugschluß, zu glauben,
daß Gutscheine, Wertmarken oder Stickereien verschenkt
werden können. Zugaben müssen einkalkuliert werden,
darüber soll man sich im klaren sein.

Unsere gute **JUNO**

mit derartigen Zugaben zu versehen, lehnen wir daher
im Interesse aller unserer Freunde ab.



Kommunistische Landtagsanträge

Durch die Senkung der Mietzinssteuer um 20% ab 1. April ist vielfach gerade für den besonders notleidenden Teil der Bevölkerung eine Mietsteigerung eingetreten. Die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages beantragt daher, daß die sächsische Regierung die selbst nach der Reichsnotverordnung zulässige Übernahme der Kosten durch Gemeinde und Staat in der Weise durchführt, daß die Gemeinden, die durch die Mieterhöhung eintretende Belastung der Mieter übernehmen, während der Staat die hierzu erforderlichen Mittel den Gemeinden überweist. Die Zahlungen sollen aber nur an solche Hausbesitzer erfolgen, deren Einkommen 5000 Mark jährlich nicht übersteigt; den übrigen Hausbesitzern sollen die Ausfallbeträge nicht ersetzt werden.

Ein zweiter kommunistischer Antrag fordert, daß die Tarifpolitik der ASW und aller anderen sächsischen Stromversorger gesteuert werde; Abgabe von Strom, Gas und Wasser zum Selbstkostenpreis für Abnehmer mit jährlichem Einkommen bis 3000 Mark; Aufbau der Tarife, gebührend nach dem Einkommen, Erhalt aller Strom- und Gasschulden für Erwerbslose, Unterstützungsempfänger und Minderbemittelte; sofortige Abschaffung aller Zähler- und Uhrrenten; kostenlose Abgabe von Strom, Gas und Wasser für Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger und Rentner auf Kosten des Staates und der Gemeinden; Herabsetzung der Gehälter der Direktoren auf 6000 Mark; alle für Arbeiter und untere Angestellte in den Eitwerken durch Notverordnung erfolgten Lohn- und Gehaltskürzungen sind rückgängig zu machen.

Ein weiterer Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion fordert sofortige Durchführung der vom Landtage längst beschlossenen, aber von der Regierung überhaupt nicht in Angriff genommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, Sechstalenttag für Jugendliche, Straßenbau, Regulierung der Flußläufe, Talsperrenbau, Meliorationsarbeiten usw. Darüber hinaus soll die Regierung dem Landtage sofort ein Bauprogramm zum Bau von Arbeiterwohnungen vorlegen und hierfür die Summe von 80 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Ein gleicher Plan soll für den Bau von Landarbeiterwohnungen vorgelegt und ein Betrag von erstmalig 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Die „freiwilligen“ Arbeitsdienstmaßnahmen sollen sofort eingestellt und den beschäftigten Jungarbeitern Tariflöhne gezahlt werden.

Auch wenn der Landtag möglicherweise den einen oder anderen dieser begründeten Anträge annehmen wird, besteht leider nicht die geringste Aussicht, daß die Regierung Schleck irgend etwas von ihrer Durchführung läßt. Nur durch außerparlamentarische Kämpfe ist das Schicksal der Arbeiterklasse zu ändern — solche Anträge haben aber den Wert, immer wieder zu zeigen, was allernächstens geschehen muß.

Düsseldorf

Am ersten Mal, morgens 8 Uhr, Treffen von Fliegern, Stadtmitt, Zoo am Dorotheenplatz zur Maidemonstration in Ratingen.

Am ersten Mal veranstalten wir 20 Uhr eine groß aufgezogene Abendveranstaltung in der Aula der Lessing-Oberrealschule in der Ellerstraße. Es wirken mit: Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung 1895, Freie Schwimmer, 1910 e. V., Volkshor Süd, SJV mit Kindergruppen. Die Feste der Kollege August Siemsen, M. d. R., Jena. Im Mittelpunkt der Feier wird die Zeitrevue „Kampfbereit“ stehen. Alle Genossen müssen in der kommenden Woche eifrig für diese Veranstaltung werben, damit die Maifeier eine würdige Kundgebung wird.

Magdeburg

Am ersten Mai, 19 Uhr, findet in den Thalia-Gaststätten, Buckau, Dorotheenstr. 14, unsere Maifeier in Form eines proletarischen Abends statt. Unter Mitwirkung des Arbeitermandolinistenbundes. Alle Freunde und Genossen unserer Bewegung müssen für zahlreiche Besucher dieser Veranstaltung sorgen. Eintritt 15 und 25 Pf.

In der Kommunistischen Partei gibt es. Die Mitgliedschaft bekämpft die Leitung und ihre diktatorischen Maßnahmen, rebelliert gegen den Parteikurs. In Schönebeck ist es zum offenen Bruch mit der Parteileitung gekommen. Über 50 Genossen sind aus der Partei ausgeschlossen oder ausgeschlossen. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Genossen zu sammeln und mit ihnen gemeinsam für die Gesundung der kommunistischen Bewegung zu kämpfen. Zwölf der aktivsten Genossen haben bereits den Weg zur SAP gefunden. Sie sind davon überzeugt, daß es gelingen wird, den über großen Teil der Genossen zu gewinnen. Für unsere Genossen erwächst daraus die Aufgabe, mehr als bisher Fühlung mit den Genossen der Kommunistischen Partei zu nehmen. Damit nicht wertvolle Kräfte brachliegen oder indifferent bleiben.

Delitzsch

KPD sprengt öffentliche Versammlung. Die SAP hatte zu einer öffentlichen Versammlung mit dem Genossen Köstl Wolfstein, Berlin, eingeladen, an der über 300 Personen teilnahmen. Schon während der Ausführungen der Referentin versuchten Kommunisten die Versammlung zu stören,

Wer verunglimpft wen?

Plauener National-Sozialdemokraten und Paul Levi

Weil Tote sich nicht wehren können, gilt Leichenschändung als eines der abscheulichsten Verbrechen. Das hat die Plauener Volkszeitung im letzten halben Jahr nicht davon abgehalten, die Todfeinde jeder Reformisterei, Paul Levi und Rosa Luxemburg, für die Richtigkeit ihrer Politik als Kronzeugen anzuführen.

Jetzt hat sie sich selbst entlarvt. Hat da nämlich der Vogtländische Anzeiger, der hoffnungslos verrottet ist, gewagt, die nationale Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie anzuzweifeln und er hat als Beweis der landesverräterischen Gesinnung der Sozialdemokratischen Partei jene Schrift über „Wehrfrage und Sozialdemokratie“ herangezogen, in der vor Jahren von Paul Levi, Max Seydewitz und anderen der Standpunkt der marxistischen Linken in der SPD zur Wehrfrage dargelegt war. Die Aufgaben, die in dieser Schrift der Arbeiterklasse im Falle des Ausbruches eines Krieges zugewiesen werden, sind in dem gleichen Maße „landesverräterisch“, wie es jener Beschluß des Stuttgarter Internationalen Kongresses von 1907 war, der besagt:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht der Sozialdemokratie, für dessen rasche Beendigung einzutreten, um mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der ka-

pitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Als in der Redaktion der Volkszeitung bekannt wurde, daß der „Vogtländische Anzeiger“ solcherart die SPD der internationalen Gesinnung verdächtigt hatte, tobte sich dort der „furor teutonius“ ebenso ungeheuer aus, wie damals im Reichstag, als dem Hochblau von sozialdemokratischer Seite entgegengehalten wurde, daß die Millionen freiwillig gegebenen deutscher Proletarier-Leichen auf den Schlachtfeldern Europas für die nationale Gesinnung der Sozialdemokratie zeugten. So schrieben also die Parkstr. „Marxisten“ eine Entgegnung, in der sie feststellten, daß jene Schrift nur eine Privatsache von Paul Levi, Max Seydewitz usw. war, der Parteitag aber seinerzeit (Gott sei Dank) nicht mit zwischen den Zeilen von jenen landesverräterischen Gedanken der Levi und Seydewitz abgerückt sei und sich in positiver Sinne für die Bejahung der Landtagsverurteilung“ entschieden habe.

So im Sperrdruck zu lesen in der Volkszeitung. Das Ganze aber steht unter der Überschrift „Verunglimpfung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“. Wer also die Sozialdemokratie mit den Ideen und Gedanken eines Paul Levi identifiziert, der „verunglimpft“ sie.

Dieses Geständnis der Stipendienempfänger Otto Weis in der Plauener Parkstraße ist für die vogtländischen Proletarier, deren Abgeordneter Paul Levi doch war, immerhin sehr bemerkenswert.

denn es stand fest, daß man nur zu diesem Zwecke gekommen war. In der Diskussion schickten die KPD-Leute jedoch ein Mitglied ihrer Bezirksleitung vor, das in geradezu skandalöser Weise, mit Verdrehungen und Entstellungen die SAP herabsetzte. Vorher hatte der Genosse Müllmann von der KPD gesprochen, der ebenfalls nicht sachlich zu der SAP Stellung nahm. Als im Schlußwort unsere Genossen Wolfstein mit den Verdrehungen und den unerschlichen Verunglimpfungen der SAP durch den KPD-Redner Abrechnung hielt, sprangten die KPD-Leute die Versammlung durch Schreien und Jöhlen, nachdem der Versammlungsleiter, Genosse Baumgärtel, wiederholt zur Ruhe gemahnt hatte. Weil Unruhe und Gejöhle nicht aufhörten, schloß die Polizei die Versammlung. Und das nennen die KPD-Leutechen Einheitsfrontpolitik.

Kurtellsetzung des ADGB. Die letzte Kurtellsetzung des Ortsausschusses beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, der durch den Genossen Gebhardt erläutert wurde. Kollege Bruno Schmidt berichtete über die Kassenvorfälle. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. An der Debatte beteiligte sich der Kollege Simon (Metallarb.-KPD), der seine bekante Walze über die RGO-Politik abdrehte. Kollege Gebhardt wandte sich gegen ihn, da er den Betriebsrat des Eisenbahnausbesserungswerkes stark angriff wegen seiner „unangelegten passiven Haltung“ in der Frage des Lohnabbaus und des dagegen zu führenden Kampfes. Kollege Gebhardt bewies ihm aber das Gegenteil. Im 2. Punkte Vorstandswahlen beantragte der Kollege Graupner Wiederwahl des Gesamtvorstandes, dies geschah dann auch gegen wenige Stimmen. Hier marschierte wieder einmal der Vertreter der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ mit den Reformisten Arm in Arm, indem er gegen die Wiederwahl stimmte. Die SAP ist nunmehr wie zuvor wieder führend im Ortsausschuß des ADGB. Den 3. Punkt bildete die Maifeier. Der Vorstand schlug vor, eine Kundgebung auf dem Markt durchzuführen und abends im Lindenhof die Maifeier zu veranstalten. Dem Vorstand lag es aber daran, in diesem Jahre in Delitzsch eine gemeinsame Maifeier aller Arbeiterorganisationen unter der Führung des Kartells durchzuführen. Der Vertreter der KPD, Simon, war dagegen anderer Meinung, denn er meinte, für sie könne das absolut nicht in Frage, denn sie ließen sich nicht einen Redner von der SAP, der dort seinen „Sermus“ verzapfe, vorschreiben, sie beanspruchten die Stellung des Referenten. Ihnen komme es absolut nicht auf eine gemeinsame Kundgebung an. Von unseren Genossen in die Enge getrieben, die ihm zubilligten, daß ein Referent seiner Organisation haben einen anderen Referenten sprechen sollte, mußte er zustimmen. Es sollen nunmehr er selbst und unser Genosse Gebhardt das Referat der Maifeier übernehmen. Lehnt die KPD auch das wieder ab, dann sind sie Saboteure der Einheitsfront und das werden wir der Delitzscher Arbeiterschaft bestimmt zu sagen wissen. Eine Resolution an den preußischen Innenminister, die die Aufhebung des Demonstrationsverbots und die Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit fordert für den 1. Mai und darüber hinaus, findet einstimmige Annahme. Ebenfalls wird der vom Vorstand vorgelegte Maiaufzug einstimmig gutgeheißen. Angenommen wurde weiter eine Resolution, die sich gegen die Inhaftierung der Delitzscher Arbeiter (vom Naziüberfall) wendet.

Nünchritz bei Riesa

Unsere letzte Freidenker-Versammlung war von annähernd 400 Personen besucht. Genosse Dr. Zeigner-Leipzig verstand es glänzend, in fast zweistündigen Ausführungen mit dem Thema „Staat ohne Zuchthaus“ die Besucher zu fesseln und das Widersinnige unseres heutigen Strafsystems aufzuzeigen. Die Aussprache bewies, mit welchem Inter-

esse die Hörer den fesselnden Ausführungen des Genossen Zeigner gefolgt waren. Der Vorsitzende, Genosse Joppich, wies auf eine öffentliche Versammlung der Ortsgruppe in Neuseußlitz hin, in der Genosse Böttcher, Meßen, über das aktuelle Thema: „Das Dritte Reich — das Reich Gottes?“ sprechen wird. Als Tag für unser diesjähriges Kinderfest wurde der 28. Juni festgelegt. Im Mai soll eine Beschäftigung des Krematoriums Meßen erfolgen.

Nünchritz-Merschwitz

Unsere Maikundgebung findet am 30. April 1932, um 19.30 Uhr, im Gasthof Leckwitz statt, nachdem die SPD Merschwitz, wie wir nicht anders erwarteten, zwei Schreibern wegen einer gemeinsamen Veranstaltung unbeantwortet gelassen hat. Als Redner ist Genosse Frühlich-Berlin gewonnen worden. Musikalische Darbietungen eines Trios, sowie Sprecher, Rezitationen und eine Bühnenszene: „Spartakus, der Sklavenbefreier“ bilden das übrige, gut zusammengestellte Programm. Aufgabe jedes Genossen ist es, für stärksten Besuch unserer Veranstaltung zu werben. Genosse Reinef-Merschwitz hatte bereits am 22. April allein 24 Karten verkauft! Machtet ihm nach! Elsterwerda, Cie.

Flugblätter der SAP wurden am Freitag vor der Wahl hier und in den umliegenden Landorten durch einen größeren Trupp Genossen der SAP-Gruppe Nünchritz verteilt. Hier sind KPD und NSDAP Trumpf, während von der SPD so gut wie nichts zu spüren ist. Wir werden zu gegebener Zeit auch hier weiter vorstoßen. Der Boden dürfte für uns nicht ungünstig sein!

Dresden

Die „Nebelspalter“, das neue Dresdner Kollektiv für proletarische Kulturarbeit, konnten sich im Rahmen einer Werbefeier des Sozialistischen Jugendverbandes zum ersten Male der Öffentlichkeit zeigen. Sie haben in lebendigen Bildern einen Querschnitt durch die Probleme der Gegenwart — Staat, Verfassung, Krise, Justiz, Arbeiterbewegung — gegeben und zum Schluß den Weg der proletarischen Jugend vom romantischer zu politischer Jugend verständlich gemacht. Die erste Aufführung fand die ungeteilte Zustimmung der Zuschauer und erbrachte den Beweis, daß mit den „Nebelspaltern“ uns im politischen Kampfe ein neuer wichtiger Helfer entstanden ist. Ihr Leitspruch: „Wir spalten mit Witz, wir spalten mit Ton, wir spalten mit Scherz, wir spalten mit Hohn! Was spaltet ihr denn? Jede Illusion!“ Der Besuch weiterer Veranstaltungen, die mit dem gleichen Programm durchgeführt werden, ist ohne Einschränkung zu empfehlen. Die nächste Aufführung findet in Dresden-West am 30. April im „Bürgergarten“ statt, im Anschluß an die Jugendkundgebung.

Am Vorabend des 1. Mai, dem 30. April, wird der Sozialistische Jugendverband in Verbindung mit der SAP und der anarchistisch-syndikalistischen Jugend eine Jugenddemonstration durchführen. Der Demonstration geht voraus ein Propagandakonzert des Trömler- und Pfeiferzuges des SJV und eine Kundgebung auf dem Freiburger Platz. Das Propagandakonzert beginnt 17 Uhr. Abmarsch der Demonstration 18 Uhr. Der Zug wird durch die innere Stadt nach dem Dresdener Westen geführt, wo auf dem Schillingplatz, etwa 19.30 Uhr, eine Schlußkundgebung stattfindet. Für den SJV und die SAP spricht Genosse Kurt Liebermann.

Schönheide

Die „gewerkschaftstreue“ SPD. Zu der im früheren Jahre abgehaltenen Abendveranstaltung zum 1. Mai bequemen sich die Führer der SPD die hierzu notwendigen Vorbereitungen erst 14 Tage vorher in Angriff zu nehmen, ja, sogar einmal 8 Tage zuvor becom-

Berichterstatter

Berichte von Wahlerversammlungen können nach der Wahl nicht mehr veröffentlicht werden. Wir bitten deshalb die Genossen, von Einsendungen dieser Art abzusehen.

Redaktion der „SAZ“.

sie sich, daß der 1. Mai herankommt. In den letzten 6 Jahren fand überhaupt keine Abendveranstaltung statt. Anders in die ein Jahr. Der Appetit kommt beim Essen. Die SAP hat sich, rühlig, wie in nun einmal, frühzeitig darum bemüht und hat schon seit Wochen ein fix und fertiges Programm aufgestellt. Die Aufforderung zur Vorbereitungsanstaltung hat die SAP der Gewerkschaft überlassen, um damit zu erreichen, daß sich auch politische Neutrale daran beteiligen. Der Ortsausschuß des Holzarbeiterverbandes, sowie der ADGB-Ausschuß, hat auch demgemäß beschlossen, aber die Rechnung ohne Diktatoren der SPD gemacht, die ultimativ die Forderung stellen, nur dann sich an der Demonstration zu beteiligen, wenn die SAP ihre Abendveranstaltung liquidiert. Wir haben im Interesse der Sache weitgehende Konzessionen gemacht, ihnen Einfluß auf unser Programm zugestimmt, auf unserm Redner am Sonntag verzichtet, alles nützte nichts. Getreu den Parolen von „Oben“ wird sie mit ihren paar Leuten, die sie aus der ganzen Umgebung zusammenrommelt, einen „Kommunen-Front“-Kummet aufziehen. Die SAP, der Schutzband, der Turn- und Radfahrer-Verein haben die Erklärung abgegeben, den Aufbruch der Gewerkschaften zur Mai-Demonstration zu unterstützen.

Wilkau

Eine „Dauergründung“ auf ihre Art ist der Versuch einer der SAJ. Seit dem geschlossenen Übertritt der ehemaligen SAJ zu unserem SJV dauern nun schon die Geburtswunden bei der SPD an. Einige Male schon kündigte das „Volkblatt“ triumphierend die „erfolgreiche Gründung“, immer aber war der Wunsch der Erfüllung vorausgesetzt. Als Krönung dieser Tatenreihen, die im Volkblatt ohne jede praktische Unterlage produziert werden, zumindest aber von einigen Größenwahnsinnigen Wilkauer „Gründern“ aus den Fingern gezogen werden, hat diese aktive „Ortsgruppe“ unseren Jugendverband erschaut, Geschäftsleute, die nur unser Eigentum sind, um sie abzulieferen. Zumindest psychologisch außerordentlich interessant ist aber, daß dieses Schreiben nicht einmal unterzeichnet war. Hat sich der Schreiber geschämt, seinen Namen darunter zu setzen? Oder ist bei der allgemeinen Kopflosigkeit hier der Absender verloren gegangen, oder handelt es sich überhaupt nur um einen Aprilscherz bei der ganzen Angelegenheit? Wir empfehlen den klassenbewußten, jungen Proletarier, diese Witzbolde unter sich zu lassen und mit uns im Sozialistischen Jugendverband für die Interessen des Jungproletariats zu kämpfen. Der SJV ist nach der Lösung von der politisch impotenten SAJ eine kräftige, arbeitsfähige Gruppe geworden und beweist durch seine Existenz, daß für eine SAJ-Spielgruppe bei uns kein Raum mehr ist. Selbst wenn die „ehrenwerte Mutterpartei“ eine vierte April-Gründung nun versuchen würde, dürfte ihr ein besserer Erfolg als bei den anderen Versuchen nicht beschieden sein.

Schneeberg

Kampfmal. Die revolutionäre Arbeiterschaft marschiert, nachdem die anderen Arbeiterparteien kein Interesse für eine einheitliche Kampfmalveranstaltung zeigten, unter den roten Sturmfahnen der SAP. Am 30. April, 18 Uhr, Stellen auf dem Kochschulplatz in Aue zur Demonstration. 20 Uhr in Muldenhals: 1. Mai-Veranstaltung. Mitwirkende: Volkshor, Musik und Spieltruppe der SJV Aue. Sonntag, 1. Mai, Demonstration durch Zochorlau, Neustädtel und Schneeberg. Stellen 9 Uhr an der Heßmühle in Zochorlau. Auf dem Markt in Schneeberg kurze Kundgebung. Um 17 Uhr Gesangskonzert der Freien Sängervereinigung in der „Laube“. Die Abendveranstaltung, 19.30 Uhr, im „Alten Schützenhaus“ wird ausgeteilt von der Freien Sängervereinigung und Musik und Spieltruppe des SJV Aue. Das minimale Eintrittsgeld von 20 und 10 Pfennig macht jedem den Besuch möglich. Setzt alle Proletarier in Bewegung, sie müssen mit uns marschieren!

Fürth

Erwerbslosenversammlung. Es wurde schon vor Beginn der Versammlung unseren Genossen bekannt, daß die Kommunisten versuchen würden, die Versammlung zu sprengen, um die Scharte, die ihnen einige Tage vorher von der Genossin Düby geschlagen worden war, wieder auszuwetzen. Vielleicht 600 bis 700 erwerbslose Proleten füllten den Saal, zum größten Teil Kommunisten. Der Referent, Genosse Sauer, Nürnberg, wußte mit klaren Worten darzulegen, daß das kapitalistische System unfähig und nicht willens sei, den Arbeitslosen zu helfen. Im heutigen Staate werde es immer Arbeitslose, Ueberflüssige geben, darum gelte es, dieses System so rasch wie möglich zu beseitigen. Wie sehr die KPD dabei mithelfen wollte, bewies sie durch ihre Diskussionsreden. Nachdem zwei Kommunisten in der Diskussion gesprochen hatten, zog das Größte der kommunistischen Versammlungsbesucher geschlossen ab. Weil sie fürchten, einige ihrer „überzeugt revolutionären“ Schäferlein könnten durch die Worte unseres Referenten wankend werden, zogen sie es vor, sich zu verdrücken.

Sportschau der SAZ

Frühjahrswaldläufe in ganz Sachsen

10 Bezirke am Start — Überall Massenbeteiligung

Mit dem traditionellen Frühjahrs-Waldlauf wurde in 10 sächsischen Bezirken die Sportzeit eröffnet. Obwohl in einigen Bezirken plötzlich auftretende Gewitter den regulären Ablauf der Veranstaltungen zu beeinträchtigen drohten, sind im großen und ganzen alle Läufe und Stafetten gut unter Dach und Fach gebracht worden. Einige Bezirke verzeichneten ihre Beteiligungszahlen über 100 Prozent zu steigen, so daß in manchen die gute Beteiligung der Fußballspieler am Dreisitzer, Fünfer- und Freitaler Bezirk die beschrifteten Felder stellen. Das Interesse für das Gehen hatte in den meisten Fällen Hunderte und Tausende von Zuschauern in die Wälder gelockt, die guten Sport zu sehen bekamen. Aus den einzelnen Bezirken wurde folgendes gemeldet:

Im Freitaler Bezirk

waren 1200 Sportler und Sportlerinnen am Start, dazu etwa 3000 Zuschauer. Beides sind Rekordzahlen für den 9. Bezirk. Bei herrlichem Wetter wurde begonnen. Regen, Donner und Blitz machten der glänzenden Veranstaltung ein vorzeitiges Ende. Die Organisation und der gute Ablauf waren gut. 5000-m-Lauf: 1. Zornack, Dresden, 17:55 Min. 2000-m-Lauf: 1. Ronberg, DBV, 6:01,9 Min. 300-m-Lauf: 1. Ronberg, DBV, 2:35,1 Min. — Jugend A: 1500-m-Lauf: 1. Imhof, Kleinaudorf, 6:05,8 Min. — Jugend B: 1500-m-Lauf: 1. Heinz, Wargwitz, 5:43,9 Min. — Sportlerinnen: 900-m-Lauf: 1. Zsch. Döhlen, 3:14 Min.

Auch in Dresden

land der Waldlauf der 2000, wie man ihn nannte, unter großer Beteiligung der Zuschauer statt. 7500 Zuschauer sammelten den Start und die Strecke. Der später einsetzende Regen beeinträchtigte die Durchführung etwas, die eiliche Sportler dadurch zum zeitweiligen Aufbruch gezwungen wurden. Die Dresdner sind mit dieser Veranstaltung sehr zufrieden. 10000-m-Lauf: 1. Orban, Riesa, 33:44,2 Min. 5000-m-Lauf: 1. Metzger, Cotta, 17:06,8 Min. 3000-m-Mannschaftslauf der Fußballer: 1. Wachwitz, 11:41,2 Min. 1500-m-Lauf, Altersklasse: 1. Kusch, Altstadt, 5:30 Min. 900-m-Lauf, Jugend: 1. Schüller, Fortschritt, 4:19,6 Min. 600-m-Lauf, Altersklasse: 1. Cotta, 3:00,5 Min.

Bezirk Oberlausitz

Die Austragung des Waldlaufes war den Vereinen übertragen worden. Es wurden nun die verschiedensten Strecken gelaufen, je nach der Lage und Stärke des Vereins, und zwar über 600 bis 3000 Meter. Die Beteiligung war überall sehr gut. Besonders beachtlich ist die starke Beteiligung der Kinder. Die einzelnen Veranstaltungen wurden durch Gymnastik, Stafetten und Handballspielen umrahmt. Am den Bezirken meldeten 14 Vereine die Beteiligung insgesamt waren 192 Sportler, 20 Sportlerinnen und 462 Kinder. Die Gesamtzahl von 74 Meldungen ist für den 4. Bezirk bestimmt ein guter Erfolg, wenn man bedenkt, daß nur knapp ein Drittel der Vereine meldete. Besonders erwähnenswert ist, daß von dem kleinen Verein Solland an der Spree 90 Mitglieder teilnahmen.

Bezirk Mittweida

Die Waldläufe wurden in den Gruppen durchgeführt und wiesen folgende Beteiligung auf: 1. Gruppe 84 Sportler, 10 Sportlerinnen und 462 Kinder. Die Gesamtzahl von 74 Meldungen ist für den 4. Bezirk bestimmt ein guter Erfolg, wenn man bedenkt, daß nur knapp ein Drittel der Vereine meldete. Besonders erwähnenswert ist, daß von dem kleinen Verein Solland an der Spree 90 Mitglieder teilnahmen.

Der Lauf im Erzgebirge

Die Waldläufe litten unter dem regnerischen Vormittag. In der 2. Gruppe beteiligten sich 23 Männer,

9 Jugendliche, 21 Frauen, 79 Kinder. Durch den kurz vorher niedergelagerten Regen war das Gelände in bester Verfassung und man sah auf den Gesichtern der Beteiligten die Freude, sich in herrlicher Waldluft tummeln zu können. 15 Männer, 10 Frauen und 79 Kinder waren dem Rufe der 2. Gruppe gefolgt. Nach dem Laufe gaben sich die Genossen noch längere Zeit zwanglos Spiel hin. Bedauerlicherweise ist die Beteiligung gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Hoffentlich wird dies Manko zum Bundeswettbewerb wieder ausgeglichen.

Pirna-Sebnitz

fuhrt den Bezirkswaldlauf zum 6. Male im Gruppenwald durch. Dank der guten Zusammenarbeit aller Sportler war es möglich, 1100 Läufer und Läuferinnen an den Start zu bringen. Die stärkste Beteiligung hatte der Trausnitzlauf aufzuweisen, an dem rund 800 Mann teilnahmen. 2500 Zuschauer gaben einen schönen Rahmen. Leider geriet ein Gewitterregen mehrmals das Programm, das mit einem Fußballspiel abgeschlossen wurde. Diese erste Veranstaltung kann als gutes Zeichen für das am 2.3. Juli in Neustadt stattfindende Bezirksfest betrachtet werden.

Resultate: 3000-m-Lauf: 1. Schreffler, Heidenau, 9:08,7 Min. 2000-m-Lauf: 1. Großmann, Heidenau, 6:55,6 Min. 1000-m-Lauf Jugend A: 1. Wölber, Heidenau, 6:31 Min. 1000-m-Lauf Jugend B: 1. Junghans, Heidenau, 5:39,1 Min. 2000-m-Mannschaftslauf: 1. Heidenau, 6:13,6 Min. 2000-m-Mannschaftslauf, Fußballer: 1. Zschista, 8:19 Min. 4 mal eine halbe Bahnrunde, Sportlerinnen: 1. Zschachwitz, 2:10,5 Min.

Bezirk Plauen im Vogtland

390 Teilnehmer konnten zu den Waldläufen gezählt werden, eine Zahl, die im Bezirk noch nie erreicht wurde. Zahlreiche Zuschauer sahen gute Leistungen. Bei der 2. Gruppe wirkten eine reichliche Anzahl Kinder mit. Die 4. Gruppe führte einen Gehlände ohne Wertung durch. 21 Teilnehmer in der 2. Gruppe waren 285 Sportler, einschließlich der Kinder, am Start.

Berliner Fußball

Wegen der Wahl fanden wieder nur wenige Spiele statt. Wenn nun noch am 1. Mai und 8. Mai Spielverbot besteht, dann kann in Berlin die Fußballbewegung von vorn anfangen. Es ist nicht nur die Terminnot, die nun unweigerlich eingetreten ist, sondern vor allem die Tatsache, daß zu einer Zeit, in der die bürgerlichen Vereine „Umseher“ nach guten Spielern halten, in ganz kurzem Zwischenraum fünf Sonntage für den Spielbetrieb ausfallen.

Adler hatte sich Minerva 2:8 aus dem 4. Bezirk verpflichtet und siegte nach ständig überlegenem Spiel 7:0 (3:0). Das Ergebnis hätte noch höher ausfallen können, denn Minervas Spiel war um eine Klasse schlechter.

Hansa 1 hatte ebenfalls Gäste aus dem 4. Bezirk. Die Wilmsdorfer haben in der 1. Halbzeit infolge ihrer Schnelligkeit das Ubergewicht, und da ihr Torwächter sehr viel Glück hat, führen sie bis zur Halbzeit. Nach

dem Wechsel wird Hansa Hintermannschaft besser. Wilmsdorf fällt dem eigenen Tempo zum Opfer, und Hansa erzwingt ein verdienten Unentschieden 3:3.

Nord besuchte den 1. Bezirk und schlug mit stärkster Mannschaft die Hausherrn von der Kynaststraße, Lichtenberg I, mit 5:1 (2:0). Nord Hintermannschaft hatte nach dem Wechsel einen lang andauernden Ansturm der Lichtenberger auszuhalten. 30 Minuten lang stand das Spiel 2:1. Dann gab Lichtenberg das Spiel auf, und Nord erzielte in 5 Minuten drei weitere Tore durch den gut zusammenspielenden Innensturm. Ein größeres Torergebnis verhinderte der Spielabbruch wegen eintretender Dunkelheit.

Schüler Hansa—Saxonia 5:0 (2:0). Mit Stolz kann die Bewegung auf den Neuling Saxonia blicken, deren erstes Spiel, trotzdem es verloren wurde, ein voller Erfolg war. Hansa eingespielte Mannschaft hatte es nicht leicht, den eifrigeren Gegner zu schlagen. Die Neulinge spielten außerordentlich geschickt in der Zerstörung und machten manchen Angriff der Hansaner zunichte. Da es aber noch an Aufbauspiel mangelte, wurde die Verteidigung überlastet und mußte sich 5 Treffer gefallen lassen.

Weitere Ergebnisse: Adler 08—Vorwärts-Wölg. 6:1; Schüler Saxonia—Schöneberg 1:1 (0:0).

Organisationsnachrichten

- SAP**
Bezirksverband Berlin: Dienstag, 26. April 1933 Uhr. Groß-Berliner Funktionsversammlung in Vogels Festsaal, Brückerstr. 2. — Fraktionsvortrag der DMV Freitag, 29. April, Sitzung der Gesamtfraktion mit Gesamtverband.
Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Paul Frölich-Revolutionäre Strategie und Taktik, Dienstag, 26. April, 19:30 Uhr, bei Klinger, Selterstr. 14. — Mittwoch, 27. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Brausenberg, Gerichtstr. 71 (An der Panke), Referat Gen. Wiegmans: Unsere Aufgaben nach der Wahl.
Ortsgruppe Friedrichshagen: Wahlkampfkursus müssen Dienstag, 26. April, 18 Uhr, beim Abteilungskassierer abgehalten werden. 2. Abteilung: Karl Keil, Paul-Singer-Straße 86. 3. Abteilung: Emil Künstler, Bödikerstr. 8. 4. Abteilung: Spickermann, Besagener Straße 6. 5. Abteilung: Kurt Menzel, Schreinerstraße 22. 6. Abteilung: Theo Otte, Zorndorfer Straße 5. 7. Abteilung: Otto Scholz, Matternstraße 4. 8. Abteilung: Wilhelm Kolbe, Weberstraße 25.
Ortsgruppe Stiglitz: Mittwoch, 27. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wernicke, Berlinickerstraße 1. Wahlergebnis, Organisatorisches. Gäste willkommen.
Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Mittwoch, 27. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Ledigenheim, Pappelallee 15. Die Wahlen und unsere Aufgaben. Funktionäre 19 Uhr.
Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau: Mittwoch, 27. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Geil, Merseburger Straße 7.
Ortsgruppe Tiergarten: Mittwoch, 27. 4., 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Parkrestaurant, Turmstraße 17. Die preußische Landtagswahl. Einzelführung unseres Genossen Felix Schmidt

Mittwoch, 27. April, 17:30 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37, Treffpunkt 17 Uhr vor dem Krematorium. Wir versuchen die O.G. Gruppen zur Lähmung aufzubringen, und bitten um rege Beteiligung an der Feuerfeier.

SJV

- Heute, Dienstag, 26. April, 19:30 Uhr:
Wartber Platz „August Babel“: Russische Literatur.
Balkon „Hugo Haase“: Parteiprogramm, Vorschläge?
Charlottenburg „K. Liebknecht“: Tagespolitik.
Charlottenburg-Mitte: Tagespolitik.
Friedrichshagen „R. Luxemburg“: Tagespolitik.
Mariendorf-Tempelhof: Parteiprogramm, Vorschläge?
20 Uhr in Mariendorf: Wichtige Tagesordnung, Erscheinen Pflicht.
Neukölln I und II Teil: und Massenstreik.
Neukölln III: „Sozialistische Erziehung“ Anna Harloch.
Pankow: 20 Uhr im Heim Mühlendamm 77 Aussprache mit dem Genossen Willi Heinrich von den Kinderfreunden über: Müllte der SJV kommen? Warum nicht mehr SA?
Reinickendorf: Wer kommen wir zur Einheitsfront?
Schöneberg-Friedenau: Sportfragen (Gen. Zebinger).
Schöneberg-Viertel „Paul Levi“: Die russische Revolution (2. Teil).
Stralau: Russische Arbeiterbewegung.
Süd-Ost „Jean Louis“: Lernen der Wahlen.
Weißensee: Machtergreifung der Arbeiterschaft.
Westen „Lenin“: Wahlergebnisse.
Westend: Tagespolitik.
Wilmsdorf: Arbeitsgemeinschaft.
Aktionsbezirk Ost: Gruppenleiterbesprechung im Jugendheim Gosler, Ecke Hohentempelstraße. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Mitteilungen der M.
EBL-Sitzung Donnerstag, 28. April, 19 Uhr, im Sekretariat, Prandauer Allee 14.
Zelako (Zeitlicher Kommissar) Donnerstag, 28. April, 18 Uhr, im Sekretariat.
Erwerbslosenrat Groß-Berlin: Mittwoch, sprechen wir über den Ausgang der Landtagswahlen, von 10 Uhr ab beginnend Zeitungen aus Beginn 11 Uhr.

- SAP Unterbezirk Dortmund: Sonntag, 1. Mai, 11 Uhr, im Lokale Zum Bienenkorb, Krakel, Demingstr. 10, Redner: Herr van Wyk, OSP Holland.
SAP Ortsverein Düsseldorf: Mittwoch, 27. April, Mitgliederversammlung im Lokal Tannus, Wehrbahn 70, Beginn 20 Uhr.
SAP Dresden: Mittwoch, 27. April, 19 Uhr, im Sekretariat, Zentraler Aussprachabend über die politische Lage.
SAP Dresden-Leuben-Niedersedlitz: Dienstag, 26. April, 19 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Groß-Zschachwitz (nicht Lehmanns Restaurant). Genosse Liebermann spricht über die politische Lage.
SAP Plauitz: 1. Mai, 18 Uhr, an Brautengast Gasthof, Stellen zum Demonstrationszug nach Wilkau-Hallau zum Unterbezirktreffen. Auch alle Genossen müssen sich beteiligen. — Abendveranstaltung gemeinsam mit Cainsdorf 1/2 Uhr im Turnerheim.
VL Plauitz: 5. Mai, vormittags im Volkshaus, Mitgliederversammlung.
Touristenvereine Die Naturfreunde Plauitz: Donnerstag, 28. 4., 2 Uhr, Veranstaltung mit Lichtbildvortrag im Volkshaus.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duchschein, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsgees mbH Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16 Tel.: Kupfergraben E 2 2994.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2995.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
Laserpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsgees mbH“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Dienstag, 26. April 20—gegen 22:30 Uhr:
Die ägyptische Helena
Schauspielhaus
n-Gendarmenmarkt
Dienstag, 26. April 20—22:30 Uhr
Die endlose Straße
Schillertheater
Friedrichstraße
Dienstag, 26. April 20—23 Uhr:
Cyrano v. Bergerac
Werbt für die SAZ

Volkshühne
Theat. o. S. Ellwpl.
D 1 Norden 2946
Dienstag, 26. April 8 Uhr:
Kamrad Kasper
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: Wechsel 3422
Dienstag, 26. April 5:30 Uhr
Nicht vor den Leuten
8:15 Uhr:
Die Frau die jeder sucht
Circus BUSCH
täglich 8 1/2 Uhr
abg. 8 Uhr
u. Varietè-Programm
Preise 0,30 b. 3,--

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Die verliebte Firma
Der Zinker
Lichtspiele
Am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Mädchen in Uniform
und
Lügen auf Rügen
Werbt Abonnenten
Theater des Weddings
Müller-, Ecke Selterstraße
Kadetten
und
Mal was anderes
Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Sergeant X, das Geheimnis des Fremdenlegionärs
ferner der große Sexuallfilm:
Hygiene der Ehe
Mit ärztlichem Vortrag

PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
2 Tonfilme im Format
Nachtkolonne
das erschütternde Drama eines geraubten Kindes in der Unterwelt Hamburgs. Mit Oskar Homolka, Olga Tschschowa dazu
Durchläuft amüsiert sich
Ein entzückender Tonfilm mit Georg Alexander, Hans Junkermann, Lien Deyers
Die neueste tönende Wochenschau
Einlaß 1/2, 5 Uhr
Erwerbslose 50 Pf.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.
MILASAZ
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
2 Groß-Tonfilme:
Gustav Fröhlich, Charl. Suss in dem Spionage-Tonfilm
Unter falscher Flagge
und das ergreifende Tonfilmdrama
Meine Kinder, mein Glück

In die Betriebe
auf die
Stempelstellen
in die
Mietkasernen
gehört
die Tageszeitung
der Werktätigen
die
SAZ

Mein Kamerad, unser treuer Freund und Genosse
Felix Schmidt
ist uns im Alter von 46 Jahren durch den Tod ent-rissen worden.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 27. April, 17¹/₂ Uhr, im Krematorium Berlin N., Gerichtstr. 37, statt.
Anni Colditz
i. A. der Freunde:
Jakob Walcher
Berlin-Reinickendorf-Ost, 24. April 1932, Arosor Allee 177 III

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vozhaus / am
Potsdamer Platz B 1 Karr. 2334.
ab Dienstag, dem 26. April
Das lustige Tonfilmparadise:
Ehe m. b. H.
mit Charlotte Susa, Geom Alexander,
Hans Moser, Paul Morgan
Außerdem
Das große tönende Beiprogramm
Ufa-Tonwochenschau
Tagl. ab 9 Uhr vorm
an ab 3 1/2 nachm. bis 11. nachts.
Flözle. Tag- u. Nacht-Kino Berlin

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Skandal in der Parkstr.
und
Peter Voss,
der Millionendieb
Neueste Tonwochenschau

Kampfsignal heute neu!
HAUS VATERLAND
Kampfsignal
Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

An unsere Mitglieder!
In letzter Zeit werden über unsere Genossenschaft und deren Einrichtung, sowie über die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Kosumvereine, Sitz Hamburg, unwahre Behauptungen verbreitet.
Wir bitten unsere Mitglieder, uns derartige Verleumder mit Namen und Adresse genau anzugeben, damit wir Anzeige erstatten können.
Allgemeiner Konsumverein
für Düsseldorf und Umgegend e. G. m. b. H.
Der Vorstand.

Nach der Preußenwahl

Stegerwald kommender Preußenkommissar?

Berlin, 25. April 1932.

Der Tag nach der Wahl stellt Preußen vor eine neue Konstellation. Eine klare Entscheidung für eine Regierung der Faschisten und ihre deutschnationalen Anhänger bedeutet das Wahlergebnis nicht. Klar ist nur die Entscheidung der Wähler gegen das Fortbestehen des Regimes Braun-Severing.

Diese Regierung läßt jetzt oftiziös erklären, daß sie sich der Wahlentscheidung beugen — und zu gegebener Zeit zurücktreten werde. Da der alte Landtag nicht aufgelöst worden ist, sondern sein natürliches Ende erreicht hat,

läuft sein Mandat noch bis zum 20. Mai fort, und vor dieser Zeit wird der jetzt neugewählte Landtag unter keinen Umständen einberufen werden können.

So hat die bisherige Regierung noch eine Galgenfrist.

Das bedeutsamste Symptom der künftigen Entscheidung ist heute in dem Umstand zu erblicken, daß der einzig Ueberrückgebliebene, der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der Justizrat Moennig, namens der preußischen Zentrumspartei eine Kundgebung veröffentlicht, worin es heißt, daß für die Zentrumspartei die Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkskultur nach der Ueberlieferung der Partei das Ziel ihrer Politik sei, und

daß seine Partei bereit sei, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen sind.

Wenn in dieser Kundgebung weiter versichert wird, daß die „Zentrumsfraktion sich fernerhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen werde, die Arbeit und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen“, so bedeutet dies zwar eine Mahnung an die Nationalsozialisten, daß sich das Zentrum keineswegs ihrer Diktatur unterwerfen werde, sondern vielmehr selber auch die künftige Regierung Preußens zu führen beabsichtigt, aber es besagt nicht, daß die Zentrumsfraktion für diese zukünftige Regierung die Nationalsozialisten unter allen Umständen ausschalten wolle.

Wenn heute von gewisser Seite die Möglichkeit erwogen wird, die Regierung Braun am Leben zu erhalten dadurch, daß man die Kommunisten, die jetzt das Zünglein an der Waage bilden, zur „Tolerierung“ einer solchen Regierung veranlassen könne, so gehen solche Spekulationen, die rein zahlen-theoretisch bleiben müssen, an den Realitäten vorbei. Die neue Fraktion des preußischen Zentrums ist in allen wesentlichen Teilen von vollkommen neuen Leuten gebildet. Alle Anhänger des verstorbenen Dr. Heß, der zusammen mit dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Ernst Heilmann die eigentliche Politik der Landtagsmehrheit geregelt hat, sind schon bei der Kandidatenaufstellung unberücksichtigt geblieben, und an ihre Stelle sind lauter geistliche Räte, Canoniker, Professoren des Kirchenrechts in den Preußischen Landtag entsandt worden. Es wäre grundfalsch, anzunehmen, daß die solchermaßen veränderte Zentrumsfraktion sich eine Tolerierung durch Kommunisten gefallen lassen würde.

Viel bemerkt wird eine Äußerung der kommunistischen „Welt am Abend“, die besagt:

„Die Kommunisten werden, darüber kann kein Zweifel sein, alle Mittel einsetzen, um ein Hakenkreuz-Preußen zu vereiteln.“

Diese Wendung scheint anzudeuten, daß die Kommunisten möglicherweise einen Antrag der Rechte im neuen Landtag, die Aenderung der Geschäftsordnungsbestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten wieder in den alten Stand zurückzusetzen, demzufolge im zweiten Wahlgang für die Wahl eine Ministerpräsidenten die einfache Mehrheit genügt, vereiteln werden. Hierzu muß jedoch gesagt werden, daß in solchen Möglichkeiten nicht die entscheidenden Faktoren der kommenden Gestaltung der preußischen Politik gefunden werden können.

Vorläufig ist jedenfalls noch alles unklar. Das Zentrum wird ohne jeden Zweifel die Nationalsozialisten nicht allein in Preußen zur Macht kommen lassen. Auf der anderen Seite wird ein verändertes Kabinett, das etwa unter Führung eines Zentrums politiklers stehen könnte, ebenfalls nicht die Unterstützung oder auch nur die Duldung der äußersten Rechten finden. Das Zentrum neigt auch aus Prinzip dazu, nicht allzu große Verantwortung nach außen hin zu übernehmen und die Einsetzung eines führenden Zentrumsmannes als preußischer Ministerpräsident neben der Kanzlerschaft Brüning's deucht manchen Zentrumsman schon viel zu viel Belastung, als daß sie sie zu tragen gedächten.

Auf der anderen Seite wird immer noch der Plan ventilirt, die Dinge darauf ankommen zu lassen und an Stelle des Kabi-

netts Braun, das gestürzt würde, und eines nicht regierungsfähigen Rechtskabinetts einen Reichskommissar nach Preußen zu entsenden.

Für diese Möglichkeit stände der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald in Bereitschaft und würde die Scheu vor Uebernahme vor Verantwortung nicht mehr so berechtigt sein. Der Reichskommissar käme dann ja gewissermaßen als „Retter“.

Es wird übrigens vielfach die Ansicht vertreten, daß die Lebensdauer des eben gewählten Landtages nicht allzu ausgedehnt sein wird. Bekanntlich hat die preußische Regierung durch eine Notverordnung den Quotienten für die Landtagswahl von ursprünglich 40.000 auf 60.000 heraufgesetzt, und gegen diese Her-

aufsetzung hat die deutschnationale Landtagsfraktion beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich geklagt. Der Staatsgerichtshof hat die Klage abgewiesen mit der Begründung, daß die Verordnung des Wahlquotienten eine Sparmaßnahme darstelle und daß die preußische Staatsregierung zu solchen Sparmaßnahmen durch die grundsätzliche Ermächtigung berechtigt worden sei, die in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom September des vorigen Jahres gefunden werden müsse. Nach dieser Entscheidung des Staatsgerichtshofes aber hat die preußische Regierung — diesmal nicht auf dem Wege der Notverordnung — den Quotienten wiederum durch Kabinettsbeschluß willkürlich auf die Zahl von 50.000 festgesetzt.

Man rechnet nunmehr damit, daß einer neuen Anfechtung dieser Bestimmung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich möglicherweise stattgegeben werden könnte, weil ja die neuerliche Veränderung unter keinen Umständen als Sparmaßnahme gerechtfertigt werden könnte.

Das Zentrum winkt Hitler

TU. Berlin, 25. April 1932.

In Kreisen der Zentrumspartei wird mit Befriedigung betont, daß das Zentrum, wie bisher so auch jetzt im neuen preußischen Landtag die Schlüsselstellung innehaben werde und damit die Gewähr für einen ordnungs- und verfassungsmäßigen Verlauf der Dinge gegeben sei. Aufgabe der Rechtsgruppen sei es nunmehr, zu erklären, ob sie weiterhin in ihrer bisherigen Opposition verharren, oder ihre negative Opposition aufgeben wollten und voll auf dem Boden der Verfassung zur positiven Mitarbeit bereit seien.

„Wir sind bereit . . .“

Eine nationalsozialistische Erklärung.

Der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, Abgeordneter Kube, erklärte: „Wir sind bereit, in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gerechtigkeitsinn erfülltes und von kräftigem Geist veredeltes Preußen will. Wir weisen niemanden zurück, der bereit ist, mit uns zusammen an den Aufbau des Staates heranzugehen . . .“

Zum Schluß meinte Kube, daß Brauns Nachfolger ein von Hitler zu bestimmender Nationalsozialist sein müsse. Jedenfalls läßt auch diese Erklärung alle Möglichkeiten offen, so daß der Trost des „Vorwärts“, das Zentrum werde sich zu einer solchen Tat nicht hergeben, zumindest sehr verfrüht ist.

Groener bei Brüning

Berlin, 25. April 1932.

Minister Groener, der mit dem Reichskanzler in Hohenzollern zusammentraf, wird frühestens heute abend, vielleicht auch erst am Dienstag morgen wieder in Berlin sein und seinen Vortrag beim Reichspräsidenten über das Ergebnis der Prüfung des gegen das Reichsbanner vorgebrachten Materials kaum

Die Wahlen in Berlin

Das Geheimnis des SPD-Erfolges — Starke Verluste der KPD

Im allgemeinen ist der Wahltag in Berlin ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Lediglich im Südwesten der Stadt ereignete sich früh gegen 1/5 Uhr eine politische Bluttat, die ein Todesopfer forderte. In der Möckernstraße kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einer Gruppe Nationalsozialisten und Kommunisten, bei dem der 22jährige Kaufmann Udo Kürth, der der NSDAP angehörte, erschossen wurde. Die Polizei ermittelte den Schützen in dem Angehörigen des Kampfbandes gegen den Faschismus, Franz Mels, der festgenommen wurde.

Im Gegensatz zu den übrigen Wahlbezirken erbrachte die Abstimmung in Berlin für die SPD eine Vermehrung der Stimmen gegenüber der Reichstagswahl. Insgesamt beläuft sich diese Zunahme auf 60.000 Stimmen. Zum Teil ist dieses Ergebnis auf die rege Propaganda der „Eisernen Front“ zurückzuführen, wobei vor allem die Tatsache ins Gewicht fiel, daß die große Mosse- und Ullstein-Presse ganz offen für die SPD Propaganda machte, wozu sie nicht zuletzt die Ueberlegung bestimmte, daß die Staatspartei, der diese Presse sich sonst verbunden fühlt, doch kaum nennenswerte Chancen habe. Bei all dem Entmutigenden, das die Länderwahlen für die Sozialdemokratie gebracht haben, ist es verständlich, daß die SPD auf das Berliner Ergebnis wie auf einen Lichtblick schaut. In Wirklichkeit demonstriert aber gerade Berlin nur die wachsende Verbürgerlichung der SPD. Analog liegt es übrigens mit den SPD-Erfolgen in Ostpreußen. Dort hat — womöglich noch

— die SPD in der Agitation rein nationale Töne angeschlagen und vom Sozialismus überhaupt nicht mehr gesprochen. Braun und Severing wurden auch nicht mehr als Arbeiterführer, sondern als „Preußenführer“ (!) vorgestellt und zur Wahl empfohlen. Schöne Internationalisten!

Die KPD hat in der Reichshauptstadt seit den Reichstagswahlen im September 1930 rund 90.000 Stimmen verloren. Offensichtlich ist ein beträchtlicher Teil davon, irrgemacht durch die nationalbolschewistischen Phrasen, zu Hitler übergelaufen, dessen Partei ihre Stimmzahl gegenüber der letzten Reichstagswahl in Groß-Berlin nahezu verdoppeln konnte.

Deutlicher wird die kommunistische Niederlage noch, wenn man nicht das Berliner Gesamtergebnis wertet, sondern die Resultate der einzelnen Berliner Wahlbezirke betrachtet. Allein im roten Wedding ging die Zahl der kommunistischen Stimmen um rund 13.500 auf rund 85.000 zurück, im Bezirk Friedrichshain, ebenfalls einem proletarischen Bezirk, beträgt der Verlust rund 11.500, im Bezirk Mitte über 8000, im Bezirk Lichtenberg, wo bisher die KPD die stärkste Partei war, sogar 15.000, was ein Heruntergleiten um rund 6000 unter die sozialdemokratische Wahlsahl bedeutet. Infolge dieser Verluste und des Stimmengewinns der SPD, ist jetzt die SPD in Berlin wieder die stärkste Partei; die Nationalsozialisten folgen in einem knappen Abstand, die KPD wechselt von der ersten an die dritte Stelle.

Wenn Reichstagswahlen wären . . .

Auf Grund der gestern in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg abgegebenen Stimmen wurde bei gleicher Wahlberechtigung und Stimmenverteilung eine Reichstagswahl heute etwa folgende Ergebnisse erbracht haben:

SPD	6.020.000	(8.675.000)
DNVP	2.100.000	(2.457.000)
Ztr. Bayr. VP	5.900.000	(5.150.000)
KPD	4.000.000	(4.500.000)
DVP	1.000.000	(1.575.000)
Wirtsch. P.	270.000	(1.200.000)
Dt. Lab. (Ch.Nachl.)	330.000	(1.100.000)
Staatpartei	550.000	(1.320.000)
NSDAP	11.910.000	(6.100.000)
Chr. Soz. Vd.	430.000	(870.000)
Zusammen	32.895.000	

bei 34,5 Millionen Wahlberechtigten in diesen Ländern.

*) einschl. Bayr. VP.

Wahlerfolg der englischen Arbeiterpartei. Bei einer Nachwahl in Wakefield erzielte die Arbeiterpartei ihren ersten Sieg nach den allgemeinen Wahlen. Der Arbeiterkandidat Greenwood erhielt 13.586 und der konservative Kandidat 13.242 Stimmen.

Jetzt erst recht an die Arbeit!

Alle aber waren, in der richtigen Einschätzung dieses Stimmzettelkampfes der Meinung, daß wir die Partei für diesen Wahlkampf nicht so finanziell belasten durften, damit uns dadurch die weitere, die eigentliche Wirkungsmöglichkeit unserer Partei in der Arbeiterbewegung erschwert worden wäre;

alle haben gewußt, daß angesichts des durch die Schuld der alten proletarischen Parteien vorhandenen betrüblichen Zustandes in der Arbeiterbewegung und angesichts der die Klassenkampfsituation immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise das Schicksal der Sozialistischen Arbeiterpartei nicht abhängt von dem Ausgang dieser Parlamentswahl-Abstimmung;

alle wissen, daß die Sozialistische Arbeiterpartei gegenwärtig mitten im Aufbau einer für die Klassenkampfsituation bitter notwendigen Organisation ist und daß dieser Aufbau und der Vormarsch nicht behindert werden kann durch eine zufällige in diese Zeit fallende Parlamentswahl.

Darum wird es auch nach dem 24. April in den Reihen unserer aktiven Mitkämpfer keine Enttäuschung geben. Und wo in einzelnen Fällen solche Enttäuschung sich äußern sollte, muß ihr entgegengetreten werden mit dem sachlichen Hinweis auf die Umstände, unter denen dieser Wahlkampf geführt wurde, auf unsere besondere Mission und auf die Erfüllung unserer Aufgaben im Interesse der Arbeiterklasse, die eben nicht von Wahlen für den heute bankrotten Parlamentarismus abhängt. Die Sozialistische Arbeiterpartei steht erst am Anfang ihrer Bewegung; da die kommenden entscheidenden Kämpfe nicht im Preußen- oder Bayernparlament, sondern auf anderem, durch unsere Arbeit erst zu schaffendem Kampfboden ausgefochten werden, müssen alle Mitkämpfer der Sozialistischen Arbeiterpartei jetzt mit verstärkter Kraft, mit vervielfachter Energie an der Durchsetzung unserer Bewegung arbeiten.

Darum ist jetzt die wichtigste Aufgabe unserer Bezirks- und Ortsorganisationen, überall in ihrem Wahlgebiet genau die Wahlergebnisse der einzelnen Orte durchzuarbeiten und in planmäßiger Kleinarbeit daran zu gehen, in den Orten, in denen Stimmen für die SAP abgegeben wurden, Ortsgruppen und Stützpunkte zu schaffen, damit in kurzer Zeit voll erreicht wird, was der Parteivorstand als Ziel unseres Wahlkampfes aufgestellt hat: 200 neue Ortsgruppen der Sozialistischen Arbeiterpartei, 200 neue Aktivgruppen zur Revolutionierung der Massen, zur Führung der revolutionären Massenkämpfe.

Alle unsere Parteimitglieder müssen nach diesem 24. April mit verstärkter Kraft an die Arbeit gehen für die Stärkung unserer Klassenkampforganisation, für die Stärkung der proletarischen Klassenfront. Das Ziel unserer nächsten Arbeit ist: die 100.000 Wähler, die uns am 24. April ihre Stimme gaben, müssen in kurzer Zeit alle Mitglieder, aktive Mitkämpfer unserer Bewegung werden.

